Winter| 2013

>Berlin aktuell
von Ingbert Liebing

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

am 22. September 2013 haben Sie mir erneut Ihr Vertrauen geschenkt. Dafür, aber auch vor allem für Ihre großartige Unterstützung im Wahlkampf möchte ich mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken!

In unserem Wahlkreis Nordfriesland und Dithmarschen Nord konnte ich mit 49,8 Prozent zum dritten Mal das Direktmandat gewinnen. Das sind 64.678 Erststimmen – fast 8.000 Stimmen mehr als bei der letzten Bundestagswahl 2009. Ein tolles Ergebnis und ein großer Vertrauensbeweis!

Genau einen Monat nach der Bundestagswahl – am 22. Oktober 2013 – hat sich der 18. Deutsche Bundestag neu konstituiert. 631 Abgeordnete – davon 311 in der CDU/CSU-Fraktion - gehören diesem an. Genau fünf Mandate fehlen unserer Fraktion zur absoluten Mehrheit. Da die FDP uns als Koalitionspartner nicht mehr zur Verfügung steht, haben wir Ende Oktober Koalitionsverhandlungen mit der SPD aufgenommen. Doch bedeutet eine Große Koalition für uns auch Kompromisse zu schließen. Ich werde mich intensiv für eine erfolgreiche Gestaltung der Energiewende engagieren, aber auch andere Punkte sind für mich unverzichtbar: Investitionen in unsere Infrastruktur, in Bildung und Forschung sowie die Fortsetzung stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in unserem Land sind unabdingbar. Wir müssen weiterhin den Euro stabilisieren und die Haushaltskonsolidierung fortsetzen. Mit uns wird es daher keine Steuererhöhungen geben.

Vier Schleswig-Holsteiner sind bei den Koalitionsverhandlungen auf Seiten der CDU dabei: Unser Landesgruppenvorsitzender und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Dr. Ole Schröder, sitzt in der Arbeitsgruppe „Innen und Recht"; Gero Storjohann verhandelt in dem Bereich „Verkehr, Bau und Infrastruktur" mit, und Dr. Philipp Murmann begleitet die Verhandlungen in der Arbeitsgruppe „Wissenschaft, Bildung und Forschung". Auch ich wurde von der CDU als Mitglied in die Koalitions-Arbeitsgruppe „Energie" berufen.

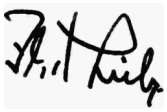
In dieser Arbeitsgruppe legen wir die Zukunft der Energiepolitik für die kommenden Jahre fest - eine große Herausforderung. Da gerade dieses Thema auch von besonderer Bedeutung für Schleswig-Holstein und unseren Wahlkreis ist, freue ich mich, diese Weichenstellung mit begleiten und gestalten zu dürfen. Die Zusammenarbeit mit den Vertretern der SPD – überwiegend Landespolitiker – ist konstruktiv und zielführend, manchmal aber auch kontrovers. Dabei verlieren wir unser Ziel aber nicht aus dem Blick: Wir wollen die Energiewende klarer strukturieren, bezahlbar machen und zum Erfolg führen. Auf der folgenden Seite finden Sie einen Einblick in den aktuellen Beratungsstand dieser Arbeitsgruppe. Nach heutigem Stand werden die Koalitionsverhandlungen in der letzten November-Woche abgeschlossen. Ich gehe davon aus, dass die SPD sich in ihrem Mitgliederentscheid nicht aus der Verantwortung für das Land stehlen wird. Aller Voraussicht nach werden wir am 17. Dezember Dr. Angela Merkel wieder zur Bundeskanzlerin wählen und eine neue Regierung haben.

2013 war für uns Schleswig-Holsteiner ein sehr wahlkampfintensives Jahr. Mit den hervorragenden Ergebnissen bei der Kommunalwahl Ende Mai sowie bei der Bundestagswahl im September ist die CDU wieder stärkste Kraft im Land.

Ich freue mich sehr auf die nächsten vier Jahre als Ihr Bundestagsabgeordneter, Ihr Vertreter in Berlin. Für Fragen, Anregungen und Kritik bin ich immer offen und hoffe, dass wir bei der einen oder anderen Gelegenheit ins Gespräch kommen werden.

Gleichzeitig möchte ich diese Gelegenheit nutzen und Ihnen allen eine schöne Adventszeit wünschen sowie besinnliche Weihnachten im Kreise Ihrer Familien und einen Guten Rutsch ins neue Jahr 2014.

Ihr



Ingbert Liebing, MdB

Wir führen die Energiewende zum Erfolg

Spannende Wochen habe ich in der Koalitionsarbeitsgruppe „Energie“ erlebt, die gerade für unseren Wahlkreis eine besondere Bedeutung hat. Diese Arbeitsgruppe von insgesamt 17 Personen (10 von der Union und 7 von der SPD) wird von Peter Altmaier und Hannelore Kraft geführt. Auffällig ist, dass 6 der 7 Vertreter auf SPD-Seite Landespolitiker sind, die augenscheinlich nur die Interessen ihrer Länder vertreten. Die einzige Abgeordnete, Nina Scheer, ist gerade zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Wohl in keinem anderen Themenfeld ist die Bandbreite von Interessen und Positionen so breit wie in der Energiepolitik, und zwar parteiübergreifend. Da spielt die Herkunft (Nord- oder Süddeutschland, Kohleland Brandenburg, Stahlindustrie Saarland, Kraftwerkstandort Nordrhein-Westfalen) eine größere Rolle als die Parteifarbe.

Energiewende bedeutet heute nicht mehr in erster Linie den Ausstieg aus der Kernenergie, sondern den Umbau des ganzen Energiesystems hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung, die auf erneuerbaren Energien beruht. Unsere bisherigen Ausbauziele werden nicht herab geschraubt. Gleichzeitig macht es auch keinen Sinn, die Ziele beliebig nach oben zu setzen, wenn der Umbau des Gesamtsystems nicht schritthalten kann. Wir wollen die Kostendynamik bremsen, die Energiewende muss volkswirtschaftlich finanzierbar sein, sowohl für den Staat als auch für die Bevölkerung. Es kann nicht sein, dass die EEG-Umlage weiterhin jährlich so stark steigt. Aus diesem Grund wollen wir die Befreiung für die EEG-Umlage für die stromintensive Unternehmen neuregeln, um die Kosten in Schach zu halten. Die Kostenfrage ist zentral, denn die EEG-Umlage bedeutet eine Wertschöpfung im ländlichen Raum in einer Größenordnung von 17 bis 18 Milliarden Euro. Der ländliche Raum und damit auch unser Wahlkreis, partizipiert zum ersten Mal wieder an der Industrialisierung: Wertschöpfung wird zurückgegeben, weil die Kraftwerke nicht mehr in der Stadt, oder im Ballungsraum stehen, sondern im ländlichen Raum. Allerdings müssen Überförderungen abgebaut werden, auch im Norden an der Küste.

Wir haben jedoch geklärt, dass es keine rückwirkenden Eingriffe in den Bestand geben wird. Der Ausbau von Windkraft an Land wird sich deutschlandweit auf die guten Standorte konzentrieren, und die befinden sich vor allem im Norden, bei uns. Für den Ausbau von Windkraft ist es außerdem wichtig, dass auch die Netze weiter ausgebaut und Speichertechnologien entwickelt werden.

Wir werden neue Weichen für die Energiewende und Planungssicherheit für alle Beteiligten schaffen. Wir wollen die Energiewende zum Erfolg füheren. Der Norden spielt weiterhin eine wichtige Rolle bei der Umsetzung. Die Branche „Erneuerbare Energien“ bleibt nach wie vor einer der wichtigsten und größten Sektoren und Arbeitgeber in der Region.

Aus der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion

In der neuen Legislaturperiode setzt sich die CDU/CSU-Fraktion wieder intensiv für die kommunale Selbstverwaltung ein. Über 160 Mitglieder weist die Arbeitsgruppe (AG) Kommunalpolitik auf – mehr als die Hälfte aller Abgeordneten unserer Fraktion — und bildet damit die stärkste „soziologische Gruppe“ – vor dem Parlamentskreis Mittelstand, der Arbeitnehmer und der Gruppe der Frauen sowie der jungen Gruppe. Auf der konstituierenden Sitzung der AG Kommunalpolitik wurde ich einstimmig zum neuen Vorsitzenden und kommunalpolitischen Sprecher der Fraktion gewählt. Damit habe ich die Nachfolge von Peter Götz angetreten, der aus dem Bundestag ausgeschieden ist.

Mein Anliegen in dieser Wahlperiode ist es, dass die Bedeutung der Kommunen sowie ihre Belange auch weiterhin konstruktiv positiv von uns gestaltet werden. Mir und der CDU/CSU-Fraktion ist wichtig, die kommunale Selbstverwaltung weiter zu stärken. Hierfür ist es unerlässlich, die Kommunen finanziell stärker zu entlasten.

Daher setzen wir uns in den aktuellen Koalitionsverhandlungen dafür ein, die richtigen Weichen zu stellen für eine nachhaltige Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Zudem muss bei der geplanten Neuregelung der Eingliederungshilfe die Entlastung der Kommunen im Vordergrund stehen. Die Länder sind in der Verantwortung, dass diese Entlastungen direkt, ungekürzt und zusätzlich bei den Kommunen ankommen. Weiterhin achten wir bei den Koalitionsverhandlungen darauf, dass weitere Belastungen für Kommunen, zum Beispiel durch Änderung von Standards in der Jugendhilfe oder in der Bildungspolitik vermieden werden. Der quantitative und qualitative Ausbau der frühkindliche Betreuung darf nicht zulasten der Kommunen vereinbart werden. Weitere wichtige Themen in den Koalitionsverhandlungen sind die kommunale Infrastruktur, die kommunale Ver– und Entsorgung, die Zukunft der Stadtwerke und die dezentrale Gestaltung der Energiewende, sowie die Breitbandversorgung im ländlichen Raum.

Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
(030) 227 – 71 173
(030) 227 – 76 142
ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:
Sarah Mersmann, Nadia Sabano-Canzler und Regine Sternebeck

Wahlkreisbüro Nordfriesland
Branka Trube, Maren Hushahn und Katrin Poschkamp
Heckenweg 1
25813 Husum
(04841) 90553-15
(04841) 90553-29
ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord
Anne Ohlsen
Hamburger Str. 7
25746 Heide
(0481) 34 06
(0481) 53 82
service@cdu-dithmarschen.de

Mehr Infos unter:
www.ingbert-liebing.de